

**SPD LV Berlin, Fachausschuss IX
Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz**

Leben mit der Pandemie

**Impulspapier zu den ersten Erkenntnissen und Zukunftsstrategien
in Zeiten der Corona-Krise**

Vorwort:

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der schönen und warmen Sommerzeit haben wir uns als Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (FA IX) ein wenig Zeit genommen, um über die Auswirkungen der SARS-Cov 19 Pandemie in dem Zeitraum März-Mai 2020 kurz Bilanz zu ziehen. Uns ist bei der Erarbeitung des Impulspapiers durchaus bewusst gewesen, dass diese Pandemie, so lange kein Impfstoff entwickelt worden ist, noch für einen längeren Zeitraum intensiv unser Leben beschäftigen und damit unser bislang gewohntes Leben einschränken wird. Wir haben daher aus unserer Perspektive ein Impulspapier mit der zentralen Frage erarbeitet, was lernen wir aus diesem Leben mit der Pandemie und wie stellen wir zukünftig die Funktionsweise des Gemeinwesens und damit auch die Sozialstaatlichkeit sicher, vor allem vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Ressourcen des Staates nicht unendlich sind.

In der Rückschau der Ereignisse waren wir positiv überrascht, wie schnell die Bundesregierung, aber auch der Senat auf diese dramatische epidemiologische Krise reagiert hat, um sowohl den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten als auch die drohenden wirtschaftlichen Folgen abzumildern, damit wir in keine dauerhafte wirtschaftliche und soziale Krise abgleiten. Wir können feststellen, dass das staatliche Handeln erstaunlicherweise sehr gut funktioniert hat. Trotzdem erleben wir derzeit eine enorme gesellschaftliche Herausforderung, die wir als Nachkriegsgeneration bislang nicht erlebt haben. Für uns war es daher wichtig, sowohl einen Rückblick und als auch einen Blick nach vorne unter der Prämisse zu wagen, was bedeutet das für uns alle, wenn die Infektionszahlen wieder deutlich zunehmen und unser Gemeinwesen weiter handlungsfähig bleiben soll. Daher handelt es sich bei diesem Impulspapier lediglich um eine Momentaufnahme und soll für eine sinnvolle und anregende Debatte in der Berliner SPD dienen. Nicht mehr und nicht weniger.

Gern freuen wir uns auf eure Anregungen oder auch Hinweise.

I. Vorüberlegungen

Noch sind wir mittendrin in der Corona-Pandemie: Die Corona-Pandemie hat uns Leben nach wie vor fest im Griff. Nachdem die harten Restriktionen des Lockdowns, die wir zwischen Mitte März und Ende Mai in unserer Stadt und unserem Land erlebt haben, zum großen Teil vorüber sind, stehen wir aktuell wieder kurz davor. Die Gefahr des Virus mit all seinen Folgen für die Gesundheit und das soziale Zusammenleben sind nicht vorbei und wir erleben ein Auf und Ab an Infektionszahlen. Und auch wenn wir über Deutschland hinausschauen, so sehen wir, dass es noch überhaupt keine Entwarnung vor dem Virus gegeben werden kann. Derzeit steigen die Infektionszahlen in fast allen europäischen Ländern wieder an.

Doch bereits jetzt können wir feststellen, dass die vergangenen Monate unsere Stadt geprägt haben wir kaum eine Phase seit der Wiedervereinigung: Die gesellschaftliche Solidarität ist ungebrochen groß wenn es darum geht Abstandsregeln einzuhalten, Einkaufsdienste zu erledigen oder Bedürftige mit Lebensmitteln zu versorgen.

Als Fachausschuss der Berliner SPD für die Themen Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz haben wir unsere ersten Erkenntnisse und Erfahrungen der letzten Monate in dem folgenden Impulspapier zusammengetragen. Dieses soll unserer Partei Denkanstöße bieten, zur Diskussion einladen und dabei helfen Vorschläge zu entwickeln für die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Dabei geht es uns nicht nur darum, Erfolge der Politik der Bezirke, des Senates oder der Bundesregierung zu unterstreichen. Wir setzen uns ebenso kritisch mit Unterstützungs- und Hilfesystemen sowie den zu Grunde liegenden Kommunikationsstrukturen auseinander.

Bei der Entwicklung des folgenden Papiers haben wir uns von folgenden Ausgangsfragen leiten lassen: An welcher Stelle des Sozialstaates hat die Unterstützung während der Corona-Pandemie bislang gut gegriffen und wo muss ggf. stärker investiert werden? Wie soll der Staat in einer ggf. auftretenden erneuten Corona-Welle agieren? Und wie sind wir als SPD mit dieser Krise umgegangen?

Dabei ist für uns klar: Die gesellschaftliche Solidarität, die in den vergangenen Monaten gelebt wurde, sollte Auftrag für uns sein, gesundheitliche und soziale Infrastruktur zu erhalten und nicht in Sparrunden, die uns möglicher Weise bald erreichen werden, kaputt gemacht werden. Als SPD stehen wir auf der Seite all der Menschen, die unsere Stadt und unser soziales Miteinander am Laufen halten!

II. Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen

Keine Krise hat die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und in den Europäischen Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges so nachhaltig und in einer solchen rasanten Geschwindigkeit durcheinandergewirbelt wie die Covid-19 Pandemie. Für mehrere Wochen wurden fast alle gesellschaftlichen Aktivitäten ausgebremst. Um den umfangreichen

gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, waren die Landesregierungen gezwungen, den so genannten „Lockdown“ für fast alle gesellschaftlichen Bereiche durch eine entsprechende Rechtsverordnung zu beschließen. In Folge dieser massiven Corona-Eindämmungsmaßnahmen waren weitgehend alle gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Aktivitäten einzuschränken – bis auf diejenigen Berufsgruppen, die als systemrelevant eingeschätzt wurden. Es herrschte von Mitte März bis Mitte Mai 2020 ein umfangreiches Kontaktverbot. Schulen, Kitas, Kultureinrichtungen, Gaststätten, produzierende Bereiche usw. wurden geschlossen. Ebenso wurde die Zulassung von öffentlichen Versammlungen weitgehend eingeschränkt.

Dieser dramatische staatliche Eingriff in das gesamte gesellschaftliche Gefüge hat Millionen von Menschen gezwungen, ihren Alltag neu zu organisieren. Viele mussten aufgrund der Schließung ihres Betriebes entweder in Kurzarbeit gehen oder die Arbeit im Homeoffice erledigen. Für hunderttausende von Beschäftigten hat diese Situation zu deutlichen Einkommensverlusten geführt. Besonders stark betroffen sind Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen wie Minijobber*innen, Menschen im Niedriglohnsektor oder Studierende. Ebenso standen Familien vor der Herausforderung, Kinderbetreuung, schulische Bildung und oftmals auch Erwerbsarbeit von zu Hause und ohne Unterstützung von außen zu bewältigen. Auch hier waren und sind arme und von Armut bedrohte Kinder, Jugendliche und Familien, bspw. viele Alleinerziehende, Geflüchtete oder Familien in beengten Wohnverhältnissen, diejenigen, die am stärksten unter den Folgen des Lockdowns zu leiden haben.

Das BIP schrumpfte im zweiten Quartal 2020 um 10,1%. Der Einbruch der Wirtschaft fiel aufgrund des Lockdowns während der Covid-19 Pandemie doppelt so hoch aus, wie in der Finanzkrise von 2009. Insgesamt dürfte nach Aussagen des IWF die Wirtschaft in Deutschland in 2020 bis zu 7% einbrechen. Bereits im März wurde die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert und für diese Maßnahme wurden 26 Mrd. Euro aus der Rücklage der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt. Allein in der Zeit vom 1. März bis zum 27. Mai befanden sich 11,7 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Zum Vergleich: In der Finanzkrise 2009 waren es 3,3 Millionen Menschen.

Die Bundesregierung als auch die Landesregierungen haben ihre schnelle Handlungsfähigkeit gezeigt und umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um die erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen abzumildern. Auf maßgebliches Betreiben der SPD in der Bundesregierung sowie im Bundestag wurden u.a. Sozialschutzpakete, das Sozialdienstleister-Einsatz-Gesetz sowie das umfangreiche Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Ein wahrer „Wumms“, wie es Bundesfinanzminister Olaf Scholz formuliert hat. Die Ausweitung und verbesserte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, die verbesserte Lohnfortzahlung nach dem Infektionsschutzgesetz, der erleichterte Zugang zur Grundsicherung, der Schutz vor Kündigungen bei Mietausfällen, der Kinderbonus u.V.m. haben bislang das Schlimmste verhindert. Hinzu kommen Schutzschirme für kleinere, mittelständische

und auch große Unternehmen, um Arbeitsplätze und damit die wirtschaftliche Zukunft von Millionen von Menschen in unserem Land zu sichern.

Insgesamt werden nach Schätzungen von Ökonomen 1,3 Billionen Euro aufgewendet, um einer der schwersten Wirtschaftskrisen nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenzuwirken. Zusammen mit den Nachtragshaushalten der Länder und den zusätzlich drohenden Defiziten der Kommunen summierten sich die zusätzlichen Ausgaben und Einnahmeausfälle für den Gesamtstaat damit Ende Mai 2020 auf 287,5 Milliarden Euro. Allein das Land Berlin wird in 2020 einen Nachtragshaushalt von 6 Mrd. Euro verabschieden, um die Corona-bedingten Auswirkungen in der Bundeshauptstadt vor allem wirtschaftspolitisch entgegenzuwirken.

III. Die Pandemie als Herausforderung oder Chance für das Berliner Gesundheitssystem?

Die Corona-Pandemie hat das Gesundheitssystem auch in Berlin vor große Herausforderungen gestellt. Diese wurden im weltweiten Vergleich auch deshalb gut gemeistert, weil der Ansatz, sehr früh und sehr viel zu testen ein realistisches Bild der Situation gezeigt hat. Die herausragenden Wissenschaftler*innen in Berlin vor der politischen Entscheidung zentral mit in die Entscheidungsfindung einzubeziehen hat dabei sehr gut funktioniert.

Auch im Berliner Pflege-System funktionierte ein professioneller Umgang mit der Pandemie: die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen wurden von der Heimaufsicht sowie der Senatsverwaltung durchgängig informiert und beraten, es fand ein kontinuierlicher fachlicher und politischer Austausch mit den Arbeitgebern, Verbänden, Kassen und Selbsthilfe-Strukturen statt. Es erfolgte ein tägliches Monitoring des Infektionsgeschehens, Einrichtungen wurden mit Schutzkleidung beliefert, eine Pflege-Notfalleinrichtung wurde eingerichtet sowie ein Kriseneinsatz-Team in Kooperation mit der AOK gebildet.

Es zeigte sich in der Pandemie aber auch, an welche strukturellen Grenzen die Pflege stößt: nachhaltige Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen erfordern einen konsequenten Umschwung bei der Refinanzierung der Pflegeversicherung. Hier ist z. B. ein regelhafter Steuerzuschuss des Bundes an die soziale Pflegeversicherung einzuführen, die Leistungen der Pflegeversicherung sind regelmäßig zu dynamisieren. Die Begrenzung der Eigenanteile ist dringend geboten und muss perspektivisch in einer Pflegevollversicherung münden.

Auch die Gesundheitsämter haben in Berlin trotz Personalmangel eine herausragende Arbeit geleistet. Dies war vor allem eine Kraftanstrengung aller im ÖGD Tätigen. **Die Strukturen und die Personalausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind jedoch an die Erfordernisse einer Pandemie anzupassen. Digitale Prozesse müssen künftig konsequent auch in der dritten Säule der Gesundheitsversorgung in Berlin Einzug halten.** Wir begrüßen es

sehr, dass mit den Informationen für Kitas und deren Träger sowie den Selbsterklärungen der Eltern klargestellt wurde, dass nicht jeder Schnupfen dazu führt, dass Kinder nicht mehr die Kindertagesstätten besuchen können. Insbesondere Kinderarztpraxen erfahren so eine deutliche Entlastung.

Ebenso ist in den Krankenhäusern und in der ambulanten Versorgung durch die Ärztinnen und Ärzte enorm viel und sehr schnell geleistet worden. Die krankenhausesübergreifende Zusammenarbeit und Koordination bei der Behandlung von COVID-19-Patienten war in Berlin zukunftsweisend und muss der generelle rote Faden für die Zukunft der Krankenhausversorgung sein. Das bundesweit eingerichtete Intensivregister bietet einen tagesaktuellen Überblick über freie Beatmungsplätze.

Ein Qualitätssystem der bundesweiten Abstimmung und regional gestuften Vorhaltung von Behandlungskapazitäten sollte nicht nur für die Intensivmedizin, sondern für den gesamten Bereich der Krankenhausversorgung eingeführt werden. Darüber hinaus sollten Vernetzung, gemeinsame Abstimmung und umfassende Qualitätssicherung die Konsequenzen der Pandemie für die Gesundheitsversorgung und insbesondere für die Krankenhäuser sein. Berlin könnte hier als Vorreiter einen entsprechenden Antrag im Bundesrat einbringen.

Eine Maßnahme, um die Wertschätzung für die systemrelevanten Berufe zu bekunden, war die Corona-Prämie für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, für Vivantes und für die Charité. Diese hat aber zu erheblichen Unmut bei den systemrelevanten Beschäftigten geführt, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören, da für sie keine Zahlungen vorgesehen waren. Hieraus sollten wir lernen und uns, anstelle für kurzfristige Prämien, **noch stärker als bisher dafür einsetzen, das Lohnniveau der Beschäftigten in sozialen und pflegerischen Berufen sowie im Einzelhandel zu erhöhen. Dies ist ein echtes Zeichen gelebter Solidarität.**

IV. Die sozialen Folgen sind noch nicht vollständig absehbar

Der Stillstand des öffentlichen Lebens war v. a. auch ein Stillstand des sozialen Lebens, den die Menschen in unserer Stadt, allen voran Kinder, Jugendliche und ihre Familien, deutlich zu spüren bekommen haben. Die Allermeisten haben die Situation hervorragend gemeistert und Homeoffice, Homeschooling und Kinderbetreuung unter einen Hut gebracht. Kinder und Jugendliche haben sich ebenso wie alle anderen an Hygiene- und Abstandsregeln gehalten und mit dazu beigetragen, dass wir vor einem größeren Ausmaß der Pandemie verschont geblieben sind. Gleichzeitig stieg jedoch leider auch das Maß an Gewalt innerhalb der Familien an, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, wie der aktuelle Bericht der Gewaltschutzambulanz der Charité zeigt (Anstieg der Zahl der Kindesmisshandlungen, die bei der Gewaltschutzambulanz ankommen, um 23 %).

In der Zeit des Lockdowns konnten wir einmal mehr erleben, welche zentrale Bedeutung die soziale Infrastruktur für das Zusammenleben unserer

Stadtgesellschaft hat. Die Mitarbeitenden und Fachkräfte der Kitas und Familienzentren, Nachbarschaftshäuser, Agenturen für freiwilliges Engagement, Schulen, Schulsozialarbeit u. V. m. standen vielfach als Ansprechpartner*innen bereit für innerfamiliäre Herausforderungen, für Beratung, für Freizeitgestaltung und in der Unterstützung des digitalen Lernens.

Dennoch haben wir ebenso die Erfahrung gemacht, dass bspw. nicht alle Lehrkräfte oder Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung bereit waren, sich auf die Notsituation einzulassen und digitalen Unterricht anzubieten, den Kindern und Jugendlichen als Ansprechpartner*innen für ihre eigenen Sorgen und Wünsche zur Seite zu stehen oder Eltern bei ihrem täglichen Spagat der immer größer werdenden Aufgaben zu unterstützen.

Wir sehen daher dringenden Handlungsbedarf mit Blick auf die Kommunikation. Kommunikation ist immer Beziehungsarbeit und kann sich nicht darin erschöpfen, seitens der Schule Aufgaben an die Eltern zu übermitteln, die diese mit ihren Kindern bewältigen sollen. Dieses stellt in Zeiten, in denen Kommunikation v. a. digital abläuft, eine besondere Herausforderung dar. **Das Land Berlin muss künftig sicherstellen, dass ausreichend Technik und ein gesicherter Zugang zu Internet und technischen Geräten (Computer, Drucker, Internetverbindung) sowohl für Kinder, Jugendliche und ihre Familien als auch für Fachkräfte vorhanden ist.** Berlin sollte sich auch bundesweit dafür einsetzen, dass die im Digitalpakt Schule nun zusätzlich bereit gestellten Mittel für die Anschaffung von Schulcomputern schnell in den Schulen ankommen, denn dieses sind Lehrmittel und kein privates „nice to have“. **Zusätzlich muss die soziale Grundsicherung im Rahmen der Regelsätze und im Bildungs- und Teilhabepaket so ausgestattet sein, dass Geräte gekauft und ein Internetanschluss finanziert werden kann.** Gleichzeitig müssen datenschutzrechtliche Einschränkungen ernst genommen und Alternativen für sicheren digitalen Austausch aufgezeigt werden wie Schulclouds oder landeseigene online-Konferenz-Tools. Lehr- und Fachkräfte sind entsprechend fortzubilden.

Wichtig sind auch Schutzkonzepte für Kinder und Jugendliche. Auch in Zeiten der Pandemie und der Schließung von Schulen, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und der sozialen Infrastruktur haben Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein Recht auf Schutz vor psychischer und körperlicher Gewalt. (Kinder-)Schutzkonzepte müssen demnach dringend auch für diese Situation weiterentwickelt werden. Gleichzeitig muss präventiv wirkende Sozialarbeit in die Haushalte hineinwirken können und braucht dafür die entsprechende personelle Ausstattung.

Soziale Infrastruktur ist systemrelevant, das konnten wir alle in den vergangenen Monaten deutlich sehen! Daraus folgt, dass wir uns in dieser Stadt keine Kürzungswellen bspw. im Bereich der so genannten „freiwilligen Leistungen“ im SGB VIII wie Familienbildung,-beratung und -erholung oder der offenen Kinder- und Jugendarbeit leisten dürfen. Die Entlastung der kommunalen Haushalte, die der Bund im Rahmen einer weiteren Übernahme

von KdU beschlossen hat, muss dazu führen, dass diese Angebote aus- und nicht abgebaut werden. Kürzungen wie bspw. die (mittlerweile zurückgezogene) Idee der Senatsverwaltung für Finanzen, Betriebskostenzahlungen von Kindertagesstätten zurückerstattet haben zu wollen, sind hier das falsche Signal. Öffentliche und freie Träger müssen gemeinsam qualitativ hochwertig und auf Augenhöhe miteinander arbeiten. **Wir sehen das Land Berlin in der Verantwortung, auch bundesweit für die zusätzliche Finanzierung der Bildung und sozialen Infrastruktur einzutreten, bspw. durch eine Länderinitiative zur Erhaltung des Solidaritätszuschlags als „Bildungssoli“.**

Menschen mit Behinderung und Menschen mit Einwanderungsgeschichte können doppelt benachteiligt sein. Denn Sprachbarrieren, Informationslücken und Ängste können ihnen und ihren Angehörigen den Zugang zu bereits vorhandenen Angebotsstrukturen erschweren. Deshalb muss es für sie maßgeschneiderte Formen der Selbsthilfe geben. Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Behinderung nehmen erfahrungsgemäß Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe weniger in Anspruch als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Unterstützungssysteme für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund müssen fachlich und organisatorisch besser vernetzt werden. Die Leistungen zum Lebensunterhalt sowie der Zugang zur allgemeinen Gesundheitsversorgung und zu Hilfsmitteln sind auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu gewährleisten.

V. Leben mit der Pandemie

Grundsätzlich müssen wir auf zwei Szenarien vorbereitet sein: Auf ein ständiges Auf und Ab von Corona-Infektionswellen oder auf eine größere zweite Welle und einen erneuten (zumindest teilweisen) Lockdown. Auf alle Fälle ist die Pandemie längst nicht vorbei.

Zu Beginn der Krise hat die Berliner Verwaltung gezeigt, dass sie in Krisenzeiten effektiv und Ebenen-übergreifend zusammenarbeiten kann. Relativ schnell etablierten sich mit dem Lockdown wöchentliche Telefonkonferenzen zwischen Senat und Bezirken entlang der Fachebenen, die geprägt waren und sind durch Abfragerunden zur jeweiligen örtlichen Situation und Erläuterung der seitens des Senats geplanten nächsten Schritte.

Ein großes Lob gebührt an dieser Stelle der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, deren Krisenstab aus dem Nichts heraus eine umfassende und täglich aktualisierte Berichterstattung aufgesetzt hat.

Mit der fortschreitenden Situation stellen sich jedoch zunehmend Fragen, die **ressortübergreifend** besprochen und entschieden werden müssen. Gleichzeitig muss es uns gelingen, die Zivilgesellschaft ausreichend einzubinden. Die

andauernde Belastung durch Einschränkungen in der Bevölkerung führt zu steigendem Unmut und Verweigerungshaltungen.

Wir fordern daher die Landesebene auf, ein Begleitgremium zu etablieren, welches mehrschichtig die sozialen Folgen und die Bildungsgerechtigkeit in Berlin im Fokus hat, den Senat fortlaufend berät und die Umsetzung einer gesamtstädtischen Strategie im Umgang mit der andauernden Pandemie kontrolliert. In diesem Gremium müssen Senatsverwaltungen, die Bezirke, Vertreter*innen des Abgeordnetenhauses als Multiplikatoren und Sachverständige von der Arbeitsebene (Basis!) angehören.

Neben der Etablierung eines solchen Gremiums wird uns langfristig als Stadtgesellschaft und als Partei der Umgang mit der Pandemie jedoch nur gelingen, wenn wir...

...**klar und transparent kommunizieren**, sowohl gegenüber der Berliner Öffentlichkeit, zwischen den Funktionsträger*innen und zwischen den Verwaltungsebenen. Es ist wichtig, dass wir mit den vielen Expert*innen, die sich auch in der Berliner SPD engagieren und die für den Umgang mit der Pandemie so wichtig sind, im ständigen Austausch sind und hierfür auch die nötige Offenheit zeigen.

...**Prioritäten setzen für den sozialen Zusammenhalt** in unserer Stadt. Dafür lohnt es sich, für den Erhalt der sozialen Infrastruktur zu kämpfen und sich für diejenigen einzusetzen, die unser Zusammenleben in Gesundheit, Handel, Bildung und Fürsorge jeden Tag am Laufen halten.

...**dabei diejenigen besonders in den Blick nehmen, die unsere Unterstützung am dringendsten brauchen**, d.h. arme und armutsgefährdete Menschen, Kinder und Jugendliche, Frauen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige und demenziell Erkrankte.

...**den in der Pandemie beschritten Weg der Vernetzung, gemeinsamen Abstimmung und umfassenden Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung und insbesondere in den Krankenhäusern weitergehen.**

Zu guter Schluss:

VI. Leben mit der Pandemie - Innerhalb der SPD

Die Partei ist ein Teil der Gesellschaft, das heißt alle bis hierhin beschriebene Zustände, Fragestellungen und Herausforderungen finden auch in unserer Partei statt.

Wir alle haben in den letzten Wochen mehrfach festgestellt, dass der strukturierte Austausch unter uns, über die Verantwortungsebenen hinweg, deutlich zu verbessern ist. Für uns gab es, im Rahmen der Pandemie, keine erkennbare parteiinterne Austauschstruktur. Dies ist ggf. ein Zeichen dafür, dass diese Struktur auch ansonsten fehlt. Ein Austausch zwischen den Funktionsträger*innen für die SPD in der Stadt über wichtige strukturelle Fragen, über große Projektvorhaben die gesamtstädtische Wirkung entfalten, findet zu wenig statt. Bezeichnend für die Situation war, dass die Runde der SPD Bezirksbürgermeister*innen und Stadträt*innen, sich in Zeiten der Pandemie zu kürzeren Intervallen des Austauschs verabredet hat, es gab viel miteinander abzustimmen.

Wir fordern daher, ein parteiinternes Gremium aufzubauen, an dem Senatsmitglieder, BzBms, Stadträt*innen, der Fraktionsvorstand und Kreisvorsitzende beteiligt sind. Zweck des Gremiums muss es sein, sich mit den strukturellen Entwicklungen im Land Berlin und unseren Verantwortlichkeiten darin regelmäßig auszutauschen. Solch ein Austausch kann uns auch für den Prozess der Verwaltungsreform nur helfen. Dabei muss die Kommunikation klar geregelt sein, die Treffen verbindlich, Termine ganzjährig festgelegt und Absprachen verlässlich.

Der Umgang mit der Pandemie kann dabei ein erstes Thema sein, aber der soziale Zusammenhalt und die Rolle der SPD bei der Definition einer guten und besser werdenden handlungsfähigen Kommune, das muss der rote Faden werden.

Berlin, den 19.10.2020

SPD-Fachausschuss für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz